

Millionenschwere Schlacht um die Einheitskasse

Initianten befürchten, dass bei einem Volks-Nein am 28. September die Prämien steigen werden

VON HENRY HABEGGER

Die Verwirrung ist gross: Ermässigte Prämien für Kinder, junge Erwachsene oder alternative Versicherungsmodelle sollen nicht mehr möglich sein, falls im September die Einheitskassen-Initiative angenommen wird. Weil im deutschen Initiativtext von «einheitlicher Prämie» die Rede ist. Zu diesem Schluss kam der St. Galler Rechtsprofessor Ueli Kieser im Auftrag von Alliance Santé, dem Zusammenschluss der Initiativ-Gegner. Die liessen von einem zweiten Professor berechnen, wie stark Familien bluten müssten.

Die Initianten halten diese Auslegung für falsch. Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr sagt: «Die Frage der Tabatte ist nicht Gegenstand des Initiativtextes. Sie sind selbstverständlich weiterhin möglich, sowohl für Kinder als auch für Hausarztmodelle als auch für Franchisen.» Das Parlament werde entscheiden, in welchem Umfang. Auch die Bundeskanzlei stellt fest, die Umsetzung obliege dem Parlament.

HALTE AN SEINEM GUTACHTEN fest, betont Kieser. Aber so oder so: «Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn man eine Volksinitiative hat, die derart unklar ist, dass man bereits im Vorhinein darüber streiten muss, was sie will und was



Widersacherinnen: Jacqueline Fehr (SP/ZH) und Ruth Humbel (CVP/AG).

nicht.» Für Kieser ist der Text «unsorgfältig formuliert».

Die Verwirrung hilft den Gegnern. Je mehr Unsicherheiten es zur Initiative gibt, desto skeptischer wird das Volk. Beide Seiten werfen sich Vernebelungstaktik vor. Etwa um das neue Krankenkassen-Aufsichtsgesetz (KVAG), das diese Woche die Nationalratskommission von der Traktandenliste der Sommersession strich. Um das Gesetz, das bessere Kontrolle über die Kassen ermöglicht, nach einem Nein zur Initiative zu versenken oder zumindest zu verwässern, vermuten Initi-

antien. «Reine Wahlkampfretorik», hält CVP-Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel (AG) dagegen, «wie sie bereits in der Kommission geherrscht hat, wo die SP-Vertreterinnen stark zur Verzögerung beigezogen haben.»

Es steht viel auf dem Spiel. Umfragen zeigen laut Gerüchten im Initiantenlager nur noch Zustimmung von gut 50 Prozent zur Einheitskasse, Tendenz sinkend. Aber die Kassen wollen hoch gewinnen. Für die Befürworter wäre eine klare Niederlage dramatisch: Die Kassenlobby sähe das als Freipass, ihre Interessen im Parla-

ment durchzusetzen. Wohin die Reise gehen soll, sieht Jacqueline Fehr in der KVAG-Debatte. «Die Kassen wollen Prämien wie bei Privatversicherungen festsetzen können: Marktpreise, die sich an Zahlungsbereitschaft und Kundenstamm orientieren.» Elemente wie Rückstellungen, Kundenstamm, Risikoausgleich sollen eine Rolle spielen. Das wäre eine Abkehr vom heutigen System, dass Prämien nur die Kosten decken dürfen. «Die Folge wären tendenziell höhere Prämien», so Fehr.

Für Ruth Humbel ist diese Interpretation «völliger Unsinn». «Das Gegenteil ist der Fall. Die Aufsichtsbehörde soll nicht nach politischen Opportunitäten die Reserven der Krankenkassen senken können, wie es die Bundesräte Dreifuss und Couchepin machten.» Nebst den Kosten müssten zur Prämienberechnung auch andere Faktoren beigezogen werden.

DIE SCHLACHT um die Einheitskasse ist auch ein Kampf David gegen Goliath. Die Initianten geben an, sie hätten 150 000 Franken für die Kampagne. Die Gegner von Alliance Santé nennen ein Budget von gut 5 Millionen. Laut den Initianten liegt es wohl viel höher, es gibt auch eine indirekte Kampagne etwa über TV-Spots. Der Bund kann heute nicht genau überprüfen, wie viel Geld aus der Grundversicherung kommt, was nicht zulässig wäre. Das KVAG soll ihm die nötigen Instrumente geben. Wenn es denn kommt.